

KEINE VORRATSDA- TENSPEICHERUNG!

**Warum die Piratenpartei gegen die
Totalüberwachung der Gesellschaft ist.**



**PIRATENPARTEI
NIEDERSACHSEN**

Was ist die Vorratsdatenspeicherung?

Unter der Vorratsdatenspeicherung versteht man die anlasslose Speicherung personenbezogener Daten, meist Telekommunikationsdaten, durch öffentliche Stellen, ohne dass die Daten aktuell benötigt werden. Die Daten werden also nur gespeichert, weil sie möglicher Weise irgendwann einmal benötigt werden könnten. Nicht aber, weil ein Anfangsverdacht oder eine konkrete Bedrohung besteht, zu deren Aufklärung die Daten benötigt werden. Erklärter Zweck der Vorratsdatenspeicherung ist die verbesserte Möglichkeit der Verhütung und Verfolgung von schweren Straftaten.

Was wird gespeichert?

Mit dem Gesetz zur Vorratsdatenspeicherung wurde die Identifizierungspflicht für Nutzer von Rufnummern auf Nutzer sämtlicher dauerhafter Anschlusskennungen ausgeweitet. Unter die Speicherpflicht dieser sogenannten Bestandsdaten fallen unter anderem Anbieter von Telefonanschlüssen, Handykarten und DSL-Anschlüssen. Die Anbieter der betroffenen Dienste haben vor der Freischaltung des Nutzers eine Reihe von Daten in eine Datenbank einzuspeichern. Dazu gehören insbesondere:

- vergebene Rufnummer bzw. E-Mail-Adresse
- Name und Anschrift des Inhabers
- Datum des Vertragsbeginns
- Geburtsdatum des Inhabers
- bei Festnetzanschlüssen die Anschrift des Anschlusses

Gelöscht werden die Daten erst bis zu zwei Jahre nach Vertragsende. Zur Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben haben eine Vielzahl von Stellen einen direkten Online-Zugriff auf diese Bestandsdaten wie etwa Gerichte, Strafverfolgungsbehörden, Polizeivollzugsbehörden, Zollkriminalamt und Zollfahndungsämter, Zollkriminalamt, Verfassungsschutzbehörden, Militärischer Abschirmdienst, Bundesnachrichtendienst, Notrufabfragestellen, Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht sowie die Zollverwaltung. Über diese Kundendatenbank hinaus sind Anbieter von Telekommunikationsdiensten verpflichtet, individuelle Auskünfte über Bestandsdaten zu erteilen. Diese Regelung erlaubt es beispielsweise, bei einem Internetzugangsanbieter zu erfragen, welchem Kunden eine dynamisch vergebene IP-Adresse zu einem

bestimmten Zeitpunkt zugewiesen war. Abgefragt werden können auch Passwörter, PINs und PUKs.

Ergänzt werden die gespeicherten Bestandsdaten durch die sogenannten Verkehrsdaten. Dies sind die Verbindungsdaten, die bei einer Telekommunikation anfallen. Dazu gehören:

- Datum und Uhrzeit von Beginn und Ende jeder Verbindung
- Bei Telefongesprächen:
 - Telefonnummern der Beteiligten
 - Bei Internettelefonie außerdem die IP-Adressen der Beteiligten
- Bei Handygesprächen sowie SMS und MMS:
 - Telefonnummern der Beteiligten
 - SIM- und Handy-Seriennummer
 - Aufenthaltsort beider Teilnehmer zu Gesprächsbeginn
 - Bei Prepaidkarten auch Datum, Uhrzeit und Ort an dem die Karte aktiviert wurde
- Im Emailverkehr
 - bei Versand einer Email: Mailadresse und IP des Absenders sowie der Empfänger
 - bei Eingang einer Mail: Absender- und Empfängeradressen sowie die beteiligten IPs
 - bei Abruf von Emails: Email-Adresse sowie die abrufende IP
- Bei Verbindung zum Internet:
 - die dem Teilnehmer für eine Internetnutzung zugewiesene IP sowie die Anschlusskennung

Warum ist die Piratenpartei gegen die Speicherung dieser Daten?

Die gespeicherten Daten erlauben demjenigen, der auf sie Zugriff hat, die Analyse des Kommunikationsverhalten jedes Teilnehmers und somit die vollständige Analyse des sozialen Netzwerks jedes Bürgers. Und zwar völlig ohne jeden Anlass oder Verdacht. Mit Hilfe dieser Daten wird die Erstellung detaillierter Persönlichkeitsprofile beliebiger, auch völlig unschuldiger Personen zum Kinderspiel. Und genau das macht die Speicherung von Verbindungsdaten viel interessanter, als die Nutzung konkreter Kommunikationsinhalte, deren Speicherung und Analyse erheblich teurer und komplexer ist.

Allein das Vorhandensein dieser Daten und die Möglichkeit, diese Datenmengen im digitalen Zeitalter mit geringstem Aufwand sinnvoll zu analysieren, übersteigt nicht nur Pläne und Vorstellungen von Unterdrückungsinstitutionen wie den Geheimdiensten der ehemaligen DDR, sondern führt uns auf direktem Weg in den von George Orwell im Roman 1984 skizzierten Überwachungsstaat.

Dem steht gegenüber, dass sich laut einer Stellungnahme des Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung die Aufklärungsrate schwerer Straftaten von aktuell 55% im besten Fall auf 55,006% steigern ließe. Eine Auswertung der deutschen Kriminalstatistik 2009 ergab, dass eine Vorratsdatenspeicherung weder von Straftaten abschreckt, noch den Anteil der aufgeklärten Straftaten erhöht. Ein Gutachten des Freiburger Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Strafrecht, das vom deutschen Justizministerium in Auftrag gegeben wurde, kam zu dem Ergebnis, dass Vorratsdatenspeicherung keine Veränderungen der Aufklärungsraten verursacht. Auch gibt es den Wissenschaftlern zufolge keinerlei Hinweise darauf, dass auf Vorrat gespeicherte Daten in den vergangenen Jahren zur Verhinderung eines islamistischen Terroranschlags geführt hätten.

Die vollständige Überwachung der Kommunikation der Bürger ist nicht nur ein schwerer Eingriff in das Recht auf informationelle Selbstbestimmung, sondern angesichts dieser Tatsachen auch völlig unverhältnismäßig. Die aktuell diskutierte Neufassung und damit die Wiedereinführung der Vorratsdatenspeicherung gilt es unter allen Umständen zu verhindern. Dafür setzen wir uns als Piratenpartei ein, dafür kämpfen wir.

Kontakt

Piratenpartei Niedersachsen

Email: kontakt@piraten-nds.de

Website: <http://piraten-nds.de>

Telefon: 05121 - 69 810 819

V.i.s.d.P. Andreas Neugebauer, Bahnhofsallee 25, 31134 Hildesheim

Lizenz: CC-BY-SA - <http://de.wikipedia.org/wiki/Vorratsdatenspeicherung>